

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
187. Ausgabe BE · März 2020

SP

Preisgünstige Wohnungen müssen zuoberst auf der politischen Agenda bleiben

NACH DER ABLEHNUNG DER EIDGENÖSSISCHEN WOHNINITIATIVE BLEIBT DER HANDLUNGSBEDARF FÜR MEHR PREISGÜNSTIGEN WOHNRAUM IN DEN ZENTREN UND AGGLOMERATIONEN UNVERÄNDERT GROSS. DIE PRÄSIDENTIN DES BERNER MIETERINNEN- UND MIETERVERBANDS ZEIGT AUF, WELCHE MASSNAHMEN ES NUN IM KANTON BERN BRAUCHT.



Marieke Kruit,
Präsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern, Gemeinderatskandidatin SP Bern

Fast 60 Prozent der Schweizer Bevölkerung leben zur Miete und die Miete ist mit Abstand der grösste Ausgabenposten im Haushaltsbudget. Trotzdem wurde am 9. Februar 2020 die eidgenössische Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» mit 57 Prozent der Stimmen abgelehnt. Das Resultat ist angesichts der millionenschweren Gegenkampagne der Immobilienlobby und der vielen Falschinformationen beachtlich.

Die Zustimmung in zahlreichen Städten, Gemeinden und den fünf Kantonen Waadt, Genf, Basel-Stadt, Neuenburg und Jura zeigt, dass ein bedeutender Anteil der Schweizer Bevölkerung Handlungsbedarf sieht und verstärkte Massnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum befürwortet. Vor allem dort, wo die Wohnungsnot am grössten und der Woh-

nungsmarkt zunehmend überhitzt ist. Bern und Köniz sind bereits aktiv geworden. In beiden Gemeinden wurden kommunale Wohninitiativen deutlich angenommen. Als Nächstes kommt die Gemeindeinitiative «Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen» zur Abstimmung. Weitere Städte und Gemeinden werden hoffentlich folgen. Unsere Unterstützung ist ihnen sicher.

Mehr Transparenz bei den Mietzinsen

Die Probleme müssten auf lokaler Ebene gelöst werden, war ein Argument der Gegnerschaft. Wir nehmen sie beim Wort. Es müssen nun – auch im Kanton Bern – Taten folgen. Es braucht weitere Massnahmen, um bezahlbare Wohnungen zu erhalten und zu schaffen.

Wohnungswechsel führen regelmässig zu höheren Mieten; insbesondere dort, wo Wohnungsnot besteht. Vor allem städtische Gebiete sind davon betroffen. Rasch umsetzbar wäre im Kanton Bern beispielsweise die Einführung der Formularpflicht für die Offenlegung der Vormiete. Die Mehrheit des Grossen Rates und auch die bernische Regierung haben es letztes Jahr leider verpasst, hier mehr Transparenz zu schaffen und die Entwicklung der Mietzinse präventiv zu beeinflussen.

Dies ist kurzfristig. Die Erfahrungen in den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Neuenburg, Nidwalden, Waadt, Zug oder Zürich zeigen nämlich deutlich auf, dass diese Massnahme einen dämpfenden Effekt hat. Dort sind die Vermietenden verpflichtet, den Mietenden bei Wohnungsknappheit den Anfangsmietzins mit einem amtlichen Formular bekanntzugeben. Die bernische Regierung und auch der Grosse Rat müssen hier umdenken. Denn es darf nicht sein, dass Familien und Leute mit kleinem bis mittlerem Einkommen aus den Zentren verdrängt werden.

Vorkaufsrecht für Grundstücke des Bundes

Mit der Annahme der eidgenössischen Wohninitiative wäre den Kantonen und Gemeinden auch ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke des Bundes oder bundesnaher Betriebe eingeräumt worden. Das bleibt eine wichtige Massnahme. Sowohl der Bund als auch der Kanton Bern müssen hier ihre gängige Praxis überdenken und anpassen. Die Immobilien sollten maximal zum Schätzwert veräussert werden. Entsprechende Vorstösse dazu sind auf kantonaler und kommunaler Ebene hängig.

Zudem bleibt das Mietrecht unter Druck. Im nationalen Parlament sind mehrere Vorstösse der Immobilienlobby hängig, welche die Rendite vervielfachen oder den Schutz der Mieterinnen und Mieter weiter abbauen wollen. Der Mieterinnen- und Mieterverband wird sich mit aller Kraft gegen die Aushöhlung des Mietrechts zur Wehr setzen.

SCHWERPUNKT KLIMAPOLITIK

Klimaschutz in der Kantonsverfassung verankern



Marianne Dumermuth,
Grossrätin, Thun

Umweltanliegen – insbesondere auch die Klimaforderungen – sind bei der SP schon seit jeher wichtig und inzwischen in aller Munde. Die Diskussionen um den Klimanotstand sind jedoch dermassen hochgekocht, dass soziale Anliegen dabei oft vergessen gehen. Es zeichnet die SP aus, dass sie alle Klima-Massnahmen sozialverträglich ausgestalten will: Die SP muss zur Garantin für soziale Gerechtigkeit auch in dieser Krise werden. Eine ent-

sprechende Resolution von Martine Docourt wurde an der Delegiertenversammlung vom 30. November 2019 in Bern verabschiedet. Wenn das menschliche Wohlergehen nicht im Zentrum steht, kann eine Klimapolitik nicht erfolgreich sein!

In der Sommersession 2019 hat der Grosse Rat eine parlamentarische Initiative unterstützt, die forderte, den Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Kantonsverfassung zu verankern. Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) hat unterdessen eine Vorlage mit zwei Varianten eines neuen Verfassungsartikels ausgearbeitet. Der Regierungsrat schickt nun beide Varianten in eine breite Vernehmlassung. Er anerkennt, dass der Klimawandel und der Klimaschutz eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit darstellen. Die erste Variante entspricht

quasi der eingereichten parlamentarischen Initiative. Die zweite Variante orientiert sich in der Formulierung an der Gletscher-Initiative, die auf Bundesebene eingereicht wurde.

Grundsätzlich können beide Varianten unterstützt werden, da sie sich eigentlich nur minim unterscheiden (siehe Kasten). Wichtig ist uns vor allem der Absatz 3 der Variante 2, da dort auch klar verankert ist, dass Massnahmen sozialverträglich ausgestaltet werden müssen, weshalb im Moment die Variante 2 favorisiert wird. Auch der Absatz 4 ist wegweisend, enthält er doch wichtige Vorgaben bezüglich der kantonalen und kommunalen Finanzflüsse.

Welche Variante auch immer gewählt wird, wichtig ist, dass dann entsprechend gehandelt wird und die Vorlage im Grossen Rat nicht verwässert wird.

DARUM GEHT ES

Der Staat, sei es Kanton, Bund oder Gemeinden, kann nur dann handeln, wenn ihm Verfassung oder Gesetze die Befugnis dazu geben. In der Verfassung des Kantons Bern fehlt zur Zeit der explizite Auftrag, dass sich der Kanton um Klimaschutz kümmern soll. Es gibt zwar Artikel, die den Kanton Bern beauftragen, die Umwelt zu schützen. Das genügt heute eindeutig nicht mehr. Indem der Klimaschutz als expliziter Verfassungsauftrag verankert wird, erhält dieser die ihm entsprechende Bedeutung. Aktuell läuft die Vernehmlassung dazu, wie die Ergänzung der Verfassung formuliert sein soll:

Variante 1 beinhaltet als Ziel für die Klimapolitik von Kanton und Gemeinden, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu beschränken.

Variante 2 hingegen nennt als Ziel Klimaneutralität bis 2050. Klimaneutralität bedeutet, dass spätestens ab 2050 nicht mehr Treibhausgase in die Atmosphäre eingebracht werden dürfen, als ihr auch wieder entzogen werden, oft wird dafür auch der Begriff «Netto Null» verwendet.

CHRISTOPH AMMANN NIMMT NEUEN ANLAUF

Mit der Anfang Jahr in Kraft getretenen Direktionsreform ist neu unser Regierungsrat Christoph Ammann für die Energiepolitik des Kantons Bern zuständig. In den Medien kündigte er an, die Arbeiten für eine Neuauflage des vor einem Jahr knapp gescheiterten Energiegesetzes zügig an die Hand nehmen zu wollen.



SICHTWEISE DER JUSO

Ökosozialismus oder Barbarei!

WÄHREND DIE SP ZUSAMMEN MIT DEN GRÜNEN UND TEILEN DER MITTE VERSUCHT, DAS BESTE AUS DER TOTALREVISION DES CO₂-GESETZES AUF NATIONALER EBENE HERAUSZUHOLEN, GEHEN KLIMAAKTIVIST*INNEN WEITERHIN ZU TAUSENDEN AUF DIE STRASSE UND RADIKALISIEREN SICH. DENN DIE KLIMAKATASTROPHE LÄSST SICH NICHT MEHR MIT REFÖRMCHEN INNERHALB DES SYSTEMS AUFHALTEN. ES BRAUCHT EINEN GRUNDLEGENDEN SYSTEMWANDEL.



Vinzenz Binggeli,
Co-Präsident JUSO
Kanton Bern

Nachdem im 2018 das unbrauchbare CO₂-Gesetz im Nationalrat abgeschmettert wurde, haben nun FDP und BDP auf den öffentlichen Druck hin eingelenkt und ein etwas griffigeres CO₂-Gesetz in der ständerätlichen Kommission zusammen mit linken Kräften erarbeitet. Trotzdem wurden viele Forderungen von links und Tausenden Klimastreikenden nicht aufgenommen. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass dieser Entwurf wahrscheinlich das Beste ist, was die momentanen Kräfteverhältnisse in Stände- und Nationalrat zulassen. Die Umweltkommission des Nationalrats hat denn auch massive Verschlechterungen in das schon mutlose Gesetz einfließen lassen.

Trotzdem ist es notwendig, dass die Schweiz und die internationale Gemeinschaft tragfähige Lösungen präsentieren. Denn auch wenn die Folgen der Klimaveränderung nicht genau prognostiziert werden können: Die Schäden bleiben grösstenteils irreversibel und verbauen damit einer ganzen Generation die – im Artikel 2 der Bundesverfassung festgehaltene – dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Marktwirtschaft hat kläglich versagt

Was beim aktuell vorliegenden CO₂-Gesetz zum Vorschein kommt, ist, dass man der Wirtschaft nicht wirklich weh tun will. Können sich doch die allermeisten grösseren CO₂-Emittenten von der Abgabe befreien und sich mit dem Bund auf eine Zielvorgabe einigen. Und statt den Finanzplatz mit seinen enorm klimaschädlichen Investitionen in die Pflicht zu nehmen oder die CO₂-intensive Business- und First-Klasse im Flugverkehr entsprechend zu besteuern, verteuert man die Ölheizungen der einfachen Bürger*innen, die sich oftmals ihre Wohnsituation nicht aussuchen können und

abhängig von den jeweiligen Hauseigentümer*innen sind.

Was man sich grundsätzlich bei einer sogenannten Internalisierung – also der Einbindung der «ungewollten» Nebeneffekte der Energieproduktion auf das Klima in die Marktpreise – überlegen muss: Lässt sich das Klima mittels marktwirtschaftlicher Instrumente wie einer umfassenderen CO₂-Bepreisung oder auf internationalem Niveau mit dem Emissionshandel lösen, wenn alle bisherigen marktwirtschaftlichen Versuche, angemessen auf den Klimawandel zu reagieren, so kläglich gescheitert sind? Gibt es denn ein optimales Level der Umweltverschmutzung?

Diese marktwirtschaftlichen Instrumente dienen dazu, das für Natur und Mensch zerstörerische und ausbeuterische System des Kapitalismus künstlich am Leben zu halten und mit dem ungebremsten Wirtschaftswachstum weiterzumachen. Dazu meinte der britische Ökonom Nicholas Stern, Professor und Berater der britischen Regierung in Wirtschaftsfragen, in seinem international viel beachteten Stern Review 2006: «Climate change presents a unique challenge for economics: it is the greatest example of market failure we have ever seen.» Auch wenn es bürgerliche Parteien, aber auch einige Reformist*innen in unserer Partei noch nicht akzeptiert haben: Der grüne Kapitalismus hat versagt. Ökosozialismus oder Barbarei!

WECHSEL IN DER GROSSRATSFRAKTION



Belinda Nazan Walpoth ist neu Stadtberner Grossrätin. Die Kardiologin und Co-Präsidentin der SP MigrantInnen Kanton Bern ersetzt Lea Kusano, die per 26. Februar ihren Rücktritt erklärt hat.



In diesen Tagen ist der Dokumentarfilm Konzern-Report erschienen. Der Film lässt Menschen auf zwei Kontinenten zu Wort kommen, die durch Schweizer Konzerne geschädigt werden. Dick Marty und weitere Stimmen aus dem In- und Ausland erklären, warum sie klare Regeln verlangen, damit Konzerne für Verfehlungen geradestehen müssen. Die geplanten rund 50 Vorstellungen im Kanton Bern können leider aufgrund der momentanen Lage nicht durchgeführt werden. Dafür kann der Film als DVD bestellt werden unter www.konzern-initiative.ch/film.



**Konzern-
verantwortungs-
initiative**

Klimavirus

Ein Virus verändert alles, die Klimadiskussion verblasst, die Menschen hamstern jetzt Desinfektionsmittel. Und in den Medien kursieren erstaunliche Bilder: Mann und Frau in Chinas Städten können wieder atmen! Ist dies eine nachhaltige Entwicklung? Wohl kaum, die chinesische Wirtschaft wird wieder in Gang kommen. Und auf unseren Flughäfen herrscht nach wie vor reger Flugbetrieb.

Der Nachhaltigen Entwicklung, kurz NE, hat sich der Regierungsrat des Kantons Bern verschrieben. NE heisst, zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. In den Regierungsrichtlinien für die Jahre 2019–2022 heisst es

unter anderem: «Der Kanton Bern spielt eine führende Rolle beim Bewältigen der Herausforderungen im Umweltbereich.» In Leitsätzen wird festgehalten, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Der Regierungsrat setzt nicht auf Aktionismus, sondern auf Nachhaltigkeit. So zum Beispiel mit einem Umsetzungsprogramm mit Forschungsunterstützung in den Themenbereichen Klimawandel, Biodiversität und Landnutzung oder dem Aufbau einer GIS-basierten Energiestatistik als Hilfsmittel zur Dekarbonisierung des Wärmesektors.

SP-Regierungsrat Christoph Ammann hat das Energie- und Umweldossier des Kantons Bern inne. Wir, die Basis, Gemeinderäte, Stadträt-

Innen und Kommissionsmitglieder, können ihn unterstützen, indem wir die NE auch in unseren Gemeinden mit sinnvollen Projekten vorantreiben. Lasst euch vom Klimavirus anstecken und gebt der Nachhaltigkeit eine Chance.

Jürg Joss, Gemeinderat Bätterkinden

Rote Feder



AGENDA 2020

- Sonntag, 17. Mai | Abstimmungen
- Samstag, 22. August, 10–14 Uhr
Parteitag in Niederbipp
- Mittwoch, 4. November, 19–21 Uhr
Parteitag in Bern

Parteitag und BEA abgesagt!

Aufgrund der momentanen Lage kann der kantonale Parteitag vom 1.4. nicht durchgeführt werden. Weil die BEA abgesagt ist, entfällt auch hier der traditionelle Stand der SP. Bleibt gesund!